

Ressort: Politik

Bund fördert Einbruchsschutz an Türen und Fenstern

Berlin, 14.06.2014, 01:00 Uhr

GDN - Angesichts der erhöhten Einbruchgefahr hat die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die Förderung von Schutzmaßnahmen an Häusern und Wohnungen gestartet. Ein Sprecher des Bundesumweltministeriums teilte auf Anfrage der "Welt" mit, dass "kriminalpräventive Maßnahmen in den energetischen Programmen der KfW mit zinsgünstigen Krediten gefördert werden".

Auch wer Haus oder Wohnung altersgerecht umbaut, kann Zuschüsse für Schutzmaßnahmen etwa an Fenstern oder Türen beantragen. Nach Angaben des Ministeriums ist die Förderung im Zusammenhang mit den energetischen Programmen bereits am 1. Juni angelaufen. Für den Zuschuss beim altersgerechten Umbau hat der Haushaltsausschuss des Bundestags hingegen erst in der vergangenen Woche grünes Licht gegeben. Diese Unterstützung gilt laut Bundesumweltministerium voraussichtlich ab dem vierten Quartal dieses Jahres. Die Fördermöglichkeiten waren auf Initiative des derzeitigen Vorsitzenden der Bauministerkonferenz Markus Ulbig zustande gekommen. Der CDU-Politiker, der in Sachsen Bau- und Innenminister ist, sagte: "Das Zusammenspiel von Polizei und Eigenvorsorge ist wichtig." Die neuen Maßnahmen förderten die Sicherheit. Man sei einen "Riesenschritt" weitergekommen. Auch Baden-Württembergs Innenminister Reinhold Gall (SPD) begrüßt das KfW-Programm. "Laut Fachleuten lässt sich mit einer Investition von fünf Prozent der Gesamtkosten für eine Wohnung oder ein Haus ein gutes Sicherheitsniveau erreichen", sagte Gall der "Welt". Die Zahl der Haus- und Wohnungseinbrüche hat in Deutschland mittlerweile den höchsten Stand seit 15 Jahren erreicht. Der Kampf gegen Einbrecher war auch ein Hauptthema auf der Innenministerkonferenz (IMK) diese Woche in Bonn. Bayerns Ressortchef Joachim Herrmann (CSU) forderte gegenüber der Zeitung, dass sich die europäische Ebene stärker einbringt: "Da die Einbrecherbanden insbesondere aus Osteuropa grenzüberschreitend aktiv sind, muss sich auch die Europäische Union hier noch mehr engagieren." Die Zusammenarbeit mit einigen Sicherheitsbehörden in Teilen Osteuropas sei noch immer "nicht befriedigend", sagte Herrmann. "Die neue EU-Kommission muss da wesentlich mehr Druck machen." Auch Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) fordert eine internationale Kraftanstrengung: "Die Polizeibehörden müssen europaweit an einem Strang ziehen", sagte Beuth. "Als die Verkehrsdrehscheibe Europas wird Hessen sich hier mit großem Nachdruck für eine enge Kooperation einsetzen." Darüber hinaus sei eine noch engere Vernetzung zwischen den Bundesländern gefragt.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-36176/bund-foerdert-einbruchsschutz-an-tueren-und-fenstern.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619